

Bis in die 1980er Jahre waren in der Schweiz zehntausende Kinder und Erwachsene Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen oder Fremdplatzierungen in Heimen, Zwangsarbeits- und Strafanstalten, Pflegefamilien oder auf Bauernhöfen. In vielen Fällen erlitten sie schweres Leid, was ihre körperliche, psychische oder sexuelle Integrität sowie ihre geistige Entwicklung erheblich beeinträchtigte. Das Trauma der Jugend hat sich häufig auf das gesamte Leben ausgewirkt. Einen geregelten Alltag im fortgeschrittenen Alter zu gestalten, war und ist den Betroffenen nicht immer möglich. Das emotionale Leid bleibt. Die vom Bund gesprochene Einmalentschädigung von 25'000 Franken half oft nur vorübergehend. Die Entschuldigung des Bundesrats im Jahr 2013 ist ein wichtiges Zeichen. Nun ist es in den Händen der Kantone, die wissenschaftliche Aufarbeitung dieses düsteren Kapitels der Schweizer Geschichte durchzuführen. Die Ergebnisse sind erst in einigen Jahren zu erwarten.

Damit die Thematik der breiten Öffentlichkeit bekannt ist, verdient es auch besondere Aufmerksamkeit in der schulischen Bildung. Momentan sind fürsorgerische Zwangsmassnahmen nicht im Lehrplan verpflichtend aufgeführt und es hängt somit von dem Ermessen der Lehrpersonen ab, ob das Thema unterrichtet wird. Der Lehrplan ist meist in der obligatorischen, wie auch nachobligatorischen Schulzeit dicht gefüllt. Da das Thema eine grosse Relevanz hat, soll es für die Lehrpersonen möglichst einfach zugänglich sein. Um dies ohne Regelung im Lehrplan zu erreichen, muss eine Struktur aufgebaut werden, die das Unterrichten des Themas einfach ermöglicht und die Lehrpersonen auf geeigneten Kanälen über passende Angebote informiert. Bereits existieren Bestrebungen, doch gibt es noch keine übergreifende Koordination. Die PH Bern (IdeenSet) und PH Luzern (Lern-App) stellen beispielsweise umfassendes Unterrichtsmaterial zur Verfügung. Das Problem ist aber, dass die Lehrpersonen zum Teil nicht in Kenntnis dieses Materials oder des Themas generell sind und die Lehrmittel noch sehr neu sind. Hingegen gibt es bereits das nationale Format «Demokratiebausteine» und den kantonalen «Politbaukasten», welche unterschiedliche Themen zur Demokratie aufgreifen, und verschiedene Angebote anbieten. Zum Thema zweiten Weltkrieg werden so beispielsweise bei den Demokratiebausteinen auch Zeitzeugen oder deren Nachkommen miteinbezogen. Auch bei den fürsorgerischen Zwangsmassnahmen gibt es Zeitzeugen, die in die Schulen gehen, aber auch hier fehlt ein koordiniertes Vorgehen. Die Umsetzung hängt von einzelnen engagierten Zeitzeugen und Lehrpersonen ab. Es braucht daher eine Sensibilisierung der Lehrpersonen einerseits und eine Koordination andererseits.

Der Regierungsrat ist gebeten zu prüfen und zu berichten:

1. Ob der Regierungsrat darauf hinwirken kann, dass ein spezifisches Modul mit z.B. Workshops, Zeitzeugen und aufgearbeitete Unterrichtsmaterialien zu fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in bereits existierende Formate eingebunden werden kann.
2. Ob, wenn nicht in bestehende Strukturen, eine neue Struktur eingerichtet werden kann, die Besuche von Zeitzeugen koordiniert und Unterrichtsmaterialien sammelt und zur Verfügung stellt.
3. Was andere geeignete Vermittlungsformate wären, welche flächendeckend die Schulen erreichen und wie die Lehrpersonen auf diese und andere Angebote zum Thema aufmerksam gemacht werden könnten.

Leoni Bolz, Sasha Mazzotti, Melanie Nussbaumer, Fina Girard, Alex Ebi, Sandra Bothe, Brigitte Gysin, Christian C. Moesch, Claudia Baumgartner, Oliver Bolliger, Amina Trevisan, Brigitte Kühne, Franziska Roth